

Beschluss des Landrates vom 28.06.2018

Nr. 2144

17. Parlamentarische Initiative «Rasche Anpassung des pauschalen Liegenschaftsunterhalts nach dem Bundesgerichtsurteil vom 12.01.2017»

2017/71; Protokoll: ak

Roman Klausner (SVP), Präsident der Finanzkommission, berichtet, aufgrund des Bundesgerichtsurteils vom Januar 2017 habe Michael Herrmann die Parlamentarische Initiative eingereicht. Inzwischen wurde das angestrebte Ziel aber mit dem Gegenvorschlag zur Wohnkosten-Initiative – siehe vorangegangenes Traktandum – erreicht.

Die Finanzkommission setzte eine eigene Arbeitsgruppe zu diesem Thema ein, die zum Schluss gekommen ist, dass es nun nicht mehr nötig ist, die Parlamentarische Initiative weiter zu bearbeiten. Deshalb beantragt die Finanzkommission mit 12:0 Stimmen Nichteintreten.

– *Eintretensdebatte*

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion folge dem Antrag der Finanzkommission. In Anbetracht der Schlussabstimmung zum vorhergehenden Traktandum kann auf die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative verzichtet werden.

Urs Kaufmann (SP) meint, man stehe vor einer etwas blöden Situation: Es liegt eine übertriebene Parlamentarische Initiative vor, die etwas quer in der politischen Landschaft steht. Sie fordert bundesrechtlich extrem heikle Pauschalabzüge. Man kann sie nicht einfach zurückziehen, und deshalb bleibt nichts anderes übrig als Nichteintreten zu beschliessen. Es ist ein weiteres Beispiel für den unsinnigen Kampf für schweizweit möglichst tiefste Steuern für Hauseigentümer. Die SP-Fraktion ist selbstverständlich für Nichteintreten auf die Vorlage zur Parlamentarischen Initiative; sie war schliesslich seinerzeit schon gegen deren Überweisung.

Christof Hiltmann (FDP) gibt bekannt, dass auch die FDP-Fraktion der Empfehlung der Finanzkommission folge und auf das Geschäft nicht eintreten werde. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen – auch nicht zu den Äusserungen des Vorredners. Die ganze Thematik ist bei der Beratung der Wohnkosten-Initiative abgehandelt worden; dabei kann man es belassen.

Werner Hotz (EVP) meint, aus formellen Gründen müsse wie von der Kommission vorgeschlagen vorgegangen werden; inhaltlich ist die Parlamentarische Initiative gut aufgenommen worden in der zuvor verabschiedeten Vorlage. Deshalb stimmt die Grüne/EVP-Fraktion nun für Nichteintreten.

Simon Oberbeck (CVP) teilt mit, dass auch die CVP/BDP-Fraktion für Nichteintreten sei.

://: Mit 70:0 Stimmen wird Nichteintreten beschliessen.
